

Analyse & Debatte



Griechische Flaggen: Der Traum von einem grossen europäischen Staatenbund hat zur Unlösbarkeit vieler Probleme geführt. Foto: Kostas Tsironis (Bloomberg)

Weiterwursteln ist richtig

Leitartikel Der EU bleibt vorläufig keine andere Wahl, als irgendwie weiterzumachen. Langfristig muss die europäische Integration aber neu gedacht werden. *Von Res Strehle*

Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, wie die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands per Ende Monat aller Wahrscheinlichkeit nach verhindert werden wird: Griechenland und die EU werden sich in letzter Minute auf einen Kompromiss einigen. Denn Griechenland fürchtet die unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen des unkontrollierten Euroausstiegs, der mehr ein Graccident ist als ein Grexit. Und die EU fürchtet die politischen Folgen, ein unberechenbares Griechenland ausgerechnet an der Ostflanke im politischen Chaos, wo als Folge politisch alles möglich ist - bis zur drohenden Militärdiktatur.

Die vorläufige Einigung mit Griechenland wird nur in letzter Minute möglich sein, anders ist sie politisch weder in Griechenland noch in dem auf EU-Seite federführenden Deutschland den Wählern zu verkaufen. Es ist folglich mindestens übers Wochenende mit einer Verlängerung des Verhandlungsmarathons in allen Gremien bis in die Nächte zu rechnen und darauf folgenden Parlamentsdebatten mit möglicherweise unerwarteten neuen Koalitionen. Natürlich ist ein Scheitern nicht auszuschliessen, in den beiden Schlüsseländern wird aber keine grosse Partei, auch die Syriza nicht, für die unabsehbaren Folgen eines Graccident verantwortlich gemacht werden wollen.

Kein Problem gelöst

Mit der kurzfristigen Lösung von Griechenlands Zahlungsproblemen wird keines der anstehenden Probleme gelöst sein. In die Erleichterung wird sich die Kritik der Kommentatoren mischen, dass die EU in der Finanz- und Flüchtlingskrise nun seit mehreren Jahren weiterwurstelt und sich in ein paar Wochen die grossen Probleme neu und vermutlich noch akuter stellen werden.

Trotzdem ist Weiterwursteln richtig, denn die EU hat keine Alternative dazu. Das Verdienst dieser Strategie à la Merkel ist es, damit in den vergangenen Jahren das Auseinanderbrechen der EU auf dem von Kohl/Mitterrand begründeten Weg verhindert zu haben. Mehr wollte die deutsche Bundeskanzlerin nicht, mehr konnten die anderen, etwa der französische Staatspräsident, nicht. Und für eine neue Vision der europäischen Integration braucht es mehr Zeit.

Längerfristig wird in einem demokratischen europäischen Verbund aber kein Weg an einem

A-la-carte-Ansatz vorbeiführen, nobler wird man ihn als «variable Geometrie» der Mitgliedschaft bezeichnen können. Beides bedeutet letztlich dasselbe: Die EU-Mitgliedschaft wird differenziert ausgestaltet werden müssen - mit unterschiedlichen Verträgen, die nur von jenem Teil der Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden, der auch zu den entsprechenden Verpflichtungen steht.

Unverhandelbare Menschenrechte

Unverhandelbar sind einzig die Demokratie und die Menschenrechte, alles andere stünde den Mitgliedsländern à la carte zur Verfügung: die Teilnahme am Binnenmarkt, auch mit der Einschränkung durch eine im genau definierten Ausnahmefall anrufbare Ventilklausel bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte; die gemeinsame Währung und mit ihr verbunden die Bankenunion; die Mitwirkung bei den grossen grenzüberschreitenden und folglich nur gemeinsam lösbaren Problemen wie Migration und Klimakatastrophe; die militärische Verteidigung; und letztlich auch die politische Union, wenn sie dereinst im Kreis einzelner Länder wieder Zuspruch finden sollte.

Der A-la-carte-Ansatz mag der Abschied sein vom Traum einer europäischen Integration mit dem Fernziel eines grossen Staatenbundes, wie ihn die Gründer hatten. In der aktuellen politischen Landschaft hat dieser Traum zur Unlösbarkeit vieler Probleme geführt. Die verfahrenere Situation in Griechenland, Grossbritannien und auch in der Schweiz liefert dafür die

«Der Traum hat zur Unlösbarkeit der Probleme geführt.»



Res Strehle
Chefredaktor

aktuellen Beispiele. Der A-la-carte-Ansatz erlaubte stattdessen pragmatische Lösungen für diese drei Staaten: Griechenland könnte geordnet und planmässig aus dem Euro aussteigen - denn offenkundig hat die fehlende Flexibilität dieser Gemeinschaftswährung dem Land nicht gutgetan, sondern es mit in eine brutale Austeritätsspirale geführt. Mit der neu gewonnenen Freiheit in der Währungs- und Fiskalpolitik könnte ein Aufschwung der griechischen Wirtschaft auch Vorbild für andere südeuropäische Länder wie Spanien oder Portugal sein.

Grossbritannien und der Schweiz kann im Überlastungsfall die Ventilklausel bei der Migration von Arbeitskräften zugestanden werden. Zumindest dann, wenn sie sich in anderen Bereichen überzeugend für gemeinsame europäische Lösungen einsetzen und dort auch bereit sind, Pflichten zu übernehmen. Die Schweiz würde damit aus ihrem Dilemma erlöst, mit einer korrekten Umsetzung des hauchdünnen Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gleich das gesamte bilaterale Verhältnis mit der EU aufs Spiel zu setzen. Grossbritannien davor, seine EU-Mitgliedschaft zur Grundsatzfrage zu machen. Und neutrale EU-Länder könnten sich problemlos aus der militärischen Integration heraushalten.

Auszeit für Populisten

Die europäische Integration à la carte hätte den Vorteil, dass sie den populistischen Parteien in den verschiedenen Ländern die simpelsten Argumente entziehen würde. Wo der Euro für die wirtschaftliche Misere eines Landes verantwortlich gemacht wird und die Mehrheit der Bevölkerung diese Ansicht teilt, soll ein Weg ohne Euro möglich sein. Wo das Dublin-Abkommen oder die Freizügigkeit für eine zu hohe Einwanderung verantwortlich gemacht wird, soll man es im Alleingang versuchen.

Das klingt pragmatisch, ist aber der einzige ressentimentfreie Weg in die europäische Zukunft. Und der einzige Weg, den weiteren Zustrom für populistische Anti-EU-Parteien zu stoppen - ob sie sich nun Morgenröte in Griechenland nennen, Front National in Frankreich, AFD in Deutschland oder Wahre Finnen. Auch die SVP in der Schweiz hätte ein Thema weniger.

Gastbeitrag Es braucht Fachstellen für Gleichstellung. *Von Corine Mauch*

Gleichstellung ist Pflicht

Braucht es keine Fachstellen für Gleichstellung mehr? Die Abschaffung der Fachstelle in Winterthur macht die Frage wieder aktuell.

Tatsache ist aber: Auch heute noch erhalten junge Frauen beim Einstieg ins Berufsleben sieben Prozent weniger Lohn als Männer. Und junge Frauen sind in der Berufswahl eingeschränkt, sie wählen faktisch aus einem deutlich engeren Spektrum als junge Männer - etwa im Gesundheits- und Sozialwesen. Dass sie in den technischen Disziplinen fehlen, rächt sich wiederum beim akuten Fachkräftemangel.

In der Debatte geht vergessen, dass die Verfassung uns verpflichtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Es ist ein Volksauftrag. Und solange die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter nicht erreicht ist, bleibt der Auftrag bestehen. Leider ist dies nach wie vor der Fall und leider vermutlich noch lange.

Nicht wegdelegieren

Es wäre fahrlässig, Gleichstellungsarbeit auf Personalpolitik zu reduzieren, wie das jetzt gefordert wird. Denn Fragen der Gleichstellung reichen tief in unser Leben hinein - von Aufstiegschancen über Kinderbetreuung und festgefahrene Rollenbilder bis Zwangsheirat. Damit ist sowohl der Berufsbildner im KMU als auch die Zivilstandsbeamtin, ein Laufbahnberater oder eine Mitarbeiterin in einem Mädchentreff konfrontiert. Sie alle greifen auf die Fachkompetenz und die Erfahrung der Fachstellen zurück. So gelangen in Zürich jährlich rund 400 Anfragen an die Fachstelle. Sie hilft Ratsuchenden mit Informationsmaterialien, Beratungen und Weiterbildungen. Die Förderung der Gleichstellung braucht Kompetenzen, Fachwissen und Erfahrung. Sie kann nicht einfach an Personalabteilungen delegiert werden.

Die Gleichstellung in den unterschiedlichsten Lebensbereichen zu fördern, setzt koordiniertes Vorgehen voraus. Darum arbeiten immer mehr Schweizer Städte mit Aktionsplänen. Auch die Stadt Zürich mit ihrem Gleichstellungsplan. Mit der Fachstelle als Dreh- und Angelpunkt entstanden massgeschneiderte Projekte für so unterschiedliche Abteilungen wie das Stadtspital Triemli oder das Amt für Hochbauten - und auch für die Bevölkerung. Die Fachstelle engagiert sich beispielsweise für faire und geregelte Arbeitsbedingungen von Migrantinnen, die in Privathaushalten pflegebedürftige Menschen betreuen. Eine Personalabteilung kann dies nicht leisten.

Die Fachstelle wirkt

Doch bewegt eine Fachstelle wirklich etwas? Ja, das tut sie: In der Stadtverwaltung etwa ist der Frauenanteil im obersten Kader seit 2007, als die Fachstelle den Gleichstellungsplan erarbeitete, von 10 auf heute 21 Prozent angestiegen. Es geht in die richtige Richtung, allerdings nur in kleinen Schritten. Um diese Schritte aber tatsächlich zu machen, braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Blick, der auch die Berufswahl, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, LohnEinstufungen oder das Angebot und die Qualität externer Kinderbetreuung umfasst. Die Fachstellen gewährleisten dies.

Die Fachstellen sind das Herzstück der Gleichstellungsarbeit. Ohne sie würden Diskriminierungen als Einzelfälle untergehen. Wir könnten das Ziel der Gleichstellung nicht mehr gleich kompetent und entschlossen verfolgen. Fachstellen stossen auch neue Themen an. Rund ein Viertel der Jugendlichen erleben in ihren Beziehungen Gewalt. Zürichs Fachstelle für Gleichstellung befasst sich mit dem Thema Gewalt in Partnerschaften von jungen Leuten.

Wer den Verfassungsauftrag zur Förderung der Gleichstellung ernst nimmt, darf die Umsetzung der Gleichstellung nicht einfach allein an Direktbetroffene oder Führungskräfte wegdelegieren. Es braucht die Fachstellen als Kompetenzzentren und Anlaufstellen. Sie bleiben für eine wirkungsvolle Gleichstellungsarbeit unverzichtbar.



Corine Mauch
Die SP-Politikerin ist seit 2009 Stadtpräsidentin von Zürich. Die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt ist ihr unterstellt.